



## Anhörung zu einem Nachtrag zum Finanzhaushaltsgesetz (Selbstfinanzierungsgrad)

Sind Sie mit der Anpassung von Art. 34 Abs. 3 des Finanzhaushaltsgesetzes gemäss Erläuterungen einverstanden? Welche Bemerkungen haben Sie dazu?

### Stellungnahme der SVP Obwalden

Der Vorschlag der Regierung erweckt bei der SVP den Eindruck eines «Schulden-Freipasses auf unbestimmte Zeit», die Verschuldung soll bis gegen 80-100 Millionen (Nettoverschuldungsquotient max. 80%) Franken anwachsen können. In der Botschaft wird die benötigte Verschuldung in den kommenden Jahren in einem Kurvendiagramm dargestellt, ohne diese mit konkret Ausgaben und Zahlen zu unterlegen bzw. begründen. Zuerst sollten die Auswirkungen der eingeleiteten Massnahmen wie Sparen, Verwaltungsoptimierungen und Steuereinnahmen aufgezeigt werden, bevor die Grenze der Nettoverschuldung abschliessend definiert wird.

Die SVP sieht bei der Anpassung zum FHG eine strengere Regelung vor als von der Regierung vorgeschlagen. Als Überbrückung der aktuell aussergewöhnlichen Finanzsituation sollte der Nettoverschuldungsquotient auf max. 50% statt 80% begrenzt werden. Die Möglichkeit der Verschuldung sollte zeitbegrenzt gelten und nicht wie vorgeschlagen unbegrenzt. Als Variante sollte geprüft werden, ob die schlechten Jahre 2018 und 2019 gänzlich aus der FHG-Berechnung gestrichen werden und die strenge Schuldenbremse stattdessen beibehalten wird.

Die Kantonsfinanzen müssen in kürzester Zeit wieder ausgeglichen ausfallen. Das Risiko einer kumuliert hohen Verschuldung muss minimiert werden.

Dabei sind weitere Einsparungen bei allen Ausgabenfelder zu prüfen. Einsparungen bei den gebundenen Ausgaben sind mit dem Bund und mit Unterstützung der Bundesparlamentarier gezielt anzugehen. Eine strenge Ausgabenregelung für zukünftig ausgeglichene Kantonsfinanzen steht für die SVP im Vordergrund. Investitionen müssen klar priorisiert werden und als wirklich dringlich gelten. Die SVP begrüsst die Bestrebungen der Regierung, mögliche Steuerungs- und Sanktionsregeln aufzustellen. Jegliche weitere Steuererhöhungen nach der Abstimmung zur Finanzvorlage 2020 wird die SVP jedoch nicht unterstützen.